

Ich möchte nun von Bolivien sprechen, einem Lande mit einer Fläche von mehr als einer Million Quadratkilometern und sechs Millionen Einwohnern. Gegenwärtig durchlebt unser Land die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte, deren Folgen verheerend sind. Es genügt zu sagen, daß 50 bis 60 Prozent der Exporterlöse zur Tilgung unserer Auslandsschulden verwendet werden. Vorgesehen ist die Schließung der staatlichen Zinnminen, der größten der westlichen Hemisphäre. 7 000 Bergarbeiter sollen entlassen werden. Der Mindestlohn für einen Beschäftigten im Bildungswesen ist auf umgerechnet 15 US-Dollar festgelegt worden. Das reicht gerade, um für eine Person die Kosten im städtischen Nahverkehr zu bezahlen.

Die Politik der „freien Preise“ hat die Lebenshaltungskosten in schwindelerregende Höhen getrieben. Die staatlichen Ausgaben für das Bildungs- und das Gesundheitswesen sind gekürzt worden. Es gibt Bestrebungen, das Bildungswesen zu privatisieren, genauso das Gesundheitswesen. Diese volksfeindliche und antinationale Politik ist das Ergebnis der Unterordnung des rechtsgerichteten Regimes der Nationalistisch-Revolutionären Bewegung (MNR) unter den Internationalen Währungsfonds. Dieser macht seine „Hilfe“ von der Verwirklichung eines ins Extrem getriebenen neoliberalen Wirtschaftsmodells abhängig. Die Inflation soll gebremst werden, indem alle Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden. Die werktätigen Massen werden von Elend und Hunger niedergedrückt. Doch sie sind nicht bereit, auf jene Errungenschaften zu verzichten, die sie in der Regierungszeit der Demokratischen Volksunion (UDP), der auch wir Kommunisten angehörten, erkämpft haben. Diese Errungenschaften beinhalteten eine Angleichung der Löhne an die Lebenshaltungskosten, die Sicherung von Arbeitsplätzen, kostenlose medizinische Betreuung für die Bevölkerung, ein staatliches Transportsystem, vor allem aber die strikte Wahrung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten der Bürger, der Menschenrechte sowie die Nichtbezahlung der Auslandsschulden und die Verteidigung der staatlichen Unternehmen.

Das Regime der Oligarchie, das von Exdiktator Banzer unterstützt wird, greift zum Mittel der brutalen Unterdrückung, um den gerechten Kampf des Volkes abzuwürgen. Das Ergebnis sind Tote und Verletzte unter den Werktätigen und Studenten. Zu diesem Zeitpunkt der Verschärfung des Klassenkampfes bereitet sich die KP Boliviens auf ihren I. Außerordentlichen Parteitag vor, an dem auch eine Delegation der uns brüderlich verbundenen SED teilnehmen wird. Dieser Parteitag hat für die Kommunisten und die gesamte Arbeiterklasse, mit der wir eng verbunden sind, große Bedeutung. Wir werden unsere Programmatischen Thesen beschließen, ausgehend von den neuen politischen Bedingungen, die von einer Rechtsentwicklung zugunsten der Oligarchie und des Yankee-Imperialismus gekennzeichnet sind.

Genossen! Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Boliviens  
'wünsche ich dem XI. Parteitag der SED von ganzem Herzen Erfolg. Schon jetzt